

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/20

Bonn, den 27. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die Chance der Sozialenquete</u> Vorausschau zukünftiger Notwendigkeiten Von Helmut Rohde, MdB	66
3	<u>Ziele der Haushaltspolitik</u> Stabilität und Wachstum	55
4	<u>Der Rotstift regiert in Baden-Württemberg</u> Die SPD hat auch im Südwesten ein schweres Erbe übernommen	49
5	<u>Unerfreuliche Tatsachen</u> Romantik der Schiene? Von H.G. Ritzel	50

## Die Chance der Sozialenquete

### Vorausschau zukünftiger Notwendigkeiten

Von Helmut Rohde, MdB

Die Sozialenquete, jene Professorenarbeit, die unsere sozialen Institutionen und Leistungen untersucht, wurde in dieser Woche an die Fachausschüsse des Deutschen Bundestages überwiesen. Damit ist dieses Gutachten nunmehr an seinem eigentlichen Bestimmungsort angelangt. Laut ursprünglichem Auftrag soll es den gesetzgebenden Körperschaften Schlußfolgerungen ermöglichen.

Es sollen Schlußfolgerungen für die künftige Sozialpolitik sein. Um Resultate erreichbar zu machen, wird sich das Parlament über eine in der Sache disziplinierte und in der Form für eine breite Öffentlichkeit informative Behandlung der Enquete zu verständigen haben. Konkret heißt das: Die Fachausschüsse des Parlaments sollten über die einzelnen Teile der Enquete gemeinsame, und zwar öffentliche, Sachverständigenanhörungen abhalten, zu denen nicht nur die Verfasser der Enquete, sondern auch andere Sachkundige aus sozialer Praxis und Wissenschaft zu laden wären. Auf diese Weise würde der für moderne Sozialpolitik notwendige Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis gefördert.

Gleichsam unüberhörbar wird heute der Ruf nach dem "Durchleuchten der Sozialpolitik" erhoben. Mit der Beratung der Sozialenquete könnte dazu ein qualifizierter Versuch gemacht werden. Soziale Sicherung ist für eine demokratisch geordnete Industriegesellschaft ein so schwerwiegender Sachverhalt, daß ihn sich die Politik gar nicht klar genug machen kann. Mit leichter Hand ist da nichts zu erreichen.

Ein gründlicher und sachverständiger Dialog wäre nun aber für das Parlament kein Selbstzweck. Das will heißen, daß aus der parlamentarischen Behandlung der Sozialenquete mehr werden muß als eine Anhäufung kluger und verständiger Beiträge zur Sache und ansonsten die unverbindliche Geste allen gegenüber, jetzt "das Beste aus dem in reicher Fülle Dargebotenen" zu machen. Im Parlament muß sich ein politischer Wille bilden. Das heißt wiederum konkret: Am Ende der Sachverständigenberatungen müssen der Regierung Aufträge, die sich als Beratungsergebnisse schlußfolgermaßen lassen, erteilt werden. Dabei werden

sich kurzfristige Notwendigkeiten und längerfristig angelegte Konzepte abzeichnen.

Über den Inhalt dieser konkreten Anträge wird es Auseinandersetzungen im Parlament geben. Diese Auseinandersetzungen wären immerhin das Bemühen, Grundlinien für eine weitere Periode der Sozialpolitik zu entwickeln. Anpassung an die gewandelten Verhältnisse der Industriegesellschaft neuer Prägung, mit der wir es zu tun haben, wird dabei das wesentliche Thema sein. Auf diesem Felde gibt es Nachholbedarf. Daß bisher die sozialpolitischen Voraussetzungen für technisch bedingte Umschulung und Fortbildung noch so unzulänglich sind, es immer noch kein modernes Berufsausbildungsgesetz und keine wissenschaftlich ausreichend gesicherte Arbeitsmarktvorausschau gibt, die Gesundheitsvorsorge sich so unzureichend darstellt, das Rehabilitationsangebot für viele Behinderte und durch Unfälle Geschädigte überhaupt nicht sichtbar wird oder ungenügend bleibt, Unfallverhütung, werksärztlicher Dienst und andere Aufgaben einer produktiven Sozialpolitik noch immer nicht dem Stand der Einsichten und Möglichkeiten entsprechen - das alles gehört genauso in dieses Bild wie eine langfristige Vorausschau für den Bedarf unserer sozialen Sicherungseinrichtungen im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Eine soziale Strukturpolitik, die auf Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Existenzgrundlagen des Volkes bedacht ist, taugt mehr als eine Politik wohlfeiler Wahngeschenke. Die Liquidationskosten der Regierung Erhard haben das deutlich gemacht. Die Sozialpolitik kann sich auch nicht darauf beschränken, von Zeit zu Zeit in der "konzeptierten Aktion" auf die Pauke zu hauen. In einer der Industriegesellschaft gemäßen Politik, in der sich langfristige Finanzplanung und mittelfristige Wirtschaftspolitik immer mehr durchsetzen, kann die Sozialpolitik nicht auf dem Status kurzfristiger und kurzsichtiger Interventionen sitzenbleiben. Sie muß sich um Vorausschau und Konkretisierung zukünftiger Notwendigkeiten bemühen. Darum ist auch so wichtig, daß die Beratung der Sozialenquete auf eine Weise geführt wird, die wirklich Schlußfolgerungen ermöglicht und nicht zu einer Flucht in die gewitzte Unverbindlichkeit wird.

## Ziele der Haushaltspolitik

---

### Stabilität und Wachstum

x - Mancher mag die Stellungnahmen der Parteien zur Regierungserklärung über den Etatausgleich 1967 nicht für eine Debatte des Parlamentes gehalten haben. Auch die heutige Opposition beschränkte sich nur auf eine sachliche Stellungnahme, mit dem billigen Hinweis, dieser Ausgleich durch Kürzung von Etatpositionen und ohne Steuererhöhung wäre bereits vor dem Bruch der Koalition zwischen CDU/CSU und FDP möglich gewesen. Doch es wäre wohl damals kaum bei den gleichen Etatpositionen zu Kürzungen gekommen und nicht mit den gleichen konjunkturpolitischen Zielen. Sonst hätte die Koalition tatsächlich nicht auseinanderbrechen brauchen.

Aber auch die Bemerkungen des Sprechers der SPD-Fraktion zur Regierungserklärung, zum Etatausgleich, zum Eventualhaushalt und den hinter all diesen kurzfristig getroffenen Maßnahmen sichtbaren konjunkturpolitischen Zielen, waren mit Zurückhaltung vorgetragen. Es hätte gerade dem Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Dr. Alex Möller, das Recht zugestanden, sich sehr eingehend mit den Ursachen der Finanzmisere, die er noch als Sprecher der Opposition häufig mit Finanzanarchie bezeichnete und deren voller Umfang den Sozialdemokraten erst nach Eintritt in die Regierungskoalition bekannt geworden ist, zu beschäftigen. Die Sorge um und die Verantwortung vor der wirtschaftlichen Zukunft, die die Sozialdemokraten mittragen, ließ es ihr geraten erscheinen, auf diesen billigen Triumph zu verzichten.

Aber auch diese Bundesregierung Kiesinger/Brandt, so erklärte Alex Möller, die in zäher, zielbewußter Arbeit und in kürzester Frist insgesamt 8,4 Mrd. DM Entlastungen des Bundeshaushaltes ausgleichen mußte, könne keine Wunder vollbringen. Ihr sei zwar die Aufgabe gestellt gewesen, bei Neuverteilung der Einkommens- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern zugleich zu einer Verbesserung der Gemeindefinanzen beizutragen, das aber ohne Steuererhöhungen und ohne Streichungen im Haushalt, die zu einer Einschränkung der sozialen Sicherung hätten führen können. So wurden Erhöhungen der Umsatzsteuer, der Einkommenssteuer oder der Beiträge zur Sozialversicherung vermieden, ebenso die Kürzung der Kriegsofferrenten. Dagegen sollen nunmehr die haushalts- und wirtschaftspolitischen Vorschläge der Bundesregierung einer zeitgerechten Politik der Konjunkturförderung und der Sicherung des Arbeitsplatzes dienen.

Doch der Haushaltsausgleich allein reicht nicht aus um Stabilität zu sichern und ein gesundes Wachstum der Wirtschaft herbeizuführen. Mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen Eventualhaushalt realisiert die Bundesregierung ein Stück antizyklischer Finanzpolitik, bei deren Finanzierung auch die Bundesbank Hilfe versprochen hat. Die Lockerung der Kreditrestriktionen, die Sonderabschreibungen für Investitionen im Unternehmensbereich, sind zwar Voraussetzungen für eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit; doch wesentlicher Faktor unserer Zukunftserwartung, so betonte Alex Möller, sei das Vertrauen in die wirtschafts- und finanzpolitische Führung der neuen Bundesregierung. Diese sei bereit, eine kontrollierte Expansion einzuleiten, könne aber wohl auch erwarten, daß "alle Teile der Wirtschaft, nach der bisherigen Lethargie der amtlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, diese Bemühungen durch ein entsprechendes Verhalten honorieren".

### Der Rotstift regiert in Baden-Württemberg

---

Die SPD hat auch im Südwesten ein schweres Erbe übernommen.

H.B.-or - Selbst in Baden-Württemberg, wo die Arbeitslosigkeit noch sehr weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, wo es auch in Zukunft kaum strukturelle Krisen geben dürfte, regiert in diesen Tagen der Rotstift. Ohne einschneidende Sparmaßnahmen ist im Südwesten das "Loch" im Haushalt nicht mehr zu stopfen.

Die Sozialdemokraten, auch in Baden-Württemberg seit wenigen Wochen Koalitionspartner der Christlichen Demokraten, haben ein Erbe angetreten, das sich von der Bonner Hinterlassenschaft der Kleinen Koalition kaum unterscheidet. Die Deckungslücke im Haushalt 1967 beläuft sich auf 468 Millionen, aber auch frühere Defizite müssen noch abgedeckt werden. Auch da geht es um einige hundert Millionen.

Angesichts dieser Situation, die viel zu lange verschleiert worden war, mußte der neue sozialdemokratische Finanzminister Kurt Angstmann, der Nachfolger des FDP-Ministers Müller, harte Kürzungs- und Streichungsvorschläge machen. Der Wohnungsbau soll im Jahr 1967 zwar fast ungekürzt verwirklicht werden, jedoch wird der Haushalt dadurch entlastet, daß die Landeskreditanstalten einmalig einen Betrag von 165 Millionen Mark übernehmen. Dafür wird ein Kapitaldienst von 21 Millionen Mark neu in den Haushalt eingesetzt. Der Ansatz für den Straßenbau, der bisher 248 Millionen Mark beträgt, wird um 65 Millionen Mark gekürzt. Während die Sportförderung mit 33 Millionen Mark erhalten bleibt, werden die Mittel für die Denkmalspflege und die staatlichen Kunstsammlung von 20,8 auf 12,8 Millionen Mark gesenkt. Die Differenz von acht Millionen Mark kommt dem "Altenplan" zugute, der mit zehn Millionen Mark ungekürzt bleibt. Die Streichung von einem der beiden vom Land gewährten Milchpfennige erbringt 20 Millionen Mark.

Die neue Landesregierung selbst geht mit gutem Beispiel voran: Die allgemeinen Verfügungsmittel des Staatsministeriums werden von 250 000 auf 220 000, die persönlichen Verfügungsmittel des Regierungschefs um 5 000 Mark gekürzt. Und die Minister werden Aufsichtsratsvergütungen im gleichen Maße an die Staatskasse abführen, wie das schon bisher die Beamten hatten tun müssen.

Gespart wird jetzt vor allem auch im Personalhaushalt: Von 6 100 geplanten neuen Stellen wurden 515 gesperrt. Besonders einschneidend dürfte aber der Beschluß der Regierung sein, die Weihnachtsgratifikation (ein Drittel des Grundgehalts) für alle Beamten ab Besoldungsgruppe A 11 (Amtmann, Lehrer) bei Witwen und Waisen ab A 13 (Regierungsrat) zu streichen.

Wie das Parlament zu diesen und weiteren Maßnahmen in einzelnen stehen wird, werden die Beratungen erst noch zeigen. Da die Staatsfinanzen aber bis zum kommenden Jahr, in dem auch der Landtag neu gewählt wird, wieder einigermaßen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen, wird die Große Koalition die harte Bewährungsprobe sicher bestehen, auch wenn in Einzelpositionen Änderungen durchaus nicht ausgeschlossen sind. Und die neue Opposition, die FDP, die im Südwesten bislang nie auf den Oppositionsbänken saß, wird ebenfalls mitziehen müssen. Denn schließlich gilt es auch die Hypotheken des FDP-Finanzministers abzutragen, der jetzt die Opposition anführt.

## Unerfreuliche Tatsachen

### Romantik der Schiene?

Von H.G. Ritzel

Der erste Präsident der Deutschen Bundesbahn und Vorsitzende ihres Vorstandes, Staatssekretär a.D. Professor Dr. Oefftering, hat Anfang Januar zur Situation der Bundesbahn die erfreuliche Feststellung getroffen, daß zur besonderen Resignation kein Anlaß bestehe. Dazu muß vom Standpunkte des Steuerzahlers aus darauf hingewiesen werden, daß die Bundesbahn noch immer, zum Teil ohne eigene Schuld, ein Milliarden-Defizit aufweist, das auch bei der Suche nach einem Haushaltsausgleich für 1967 wie in den früheren Jahren eine besondere Rolle gespielt und zu besonderer Sorge Veranlassung gegeben hat.

In den vergangenen Jahren wurde die Bundesbahn immer wieder mit erheblichen betriebsfremden Lasten belastet, die einen internen Ausgleich der Wirtschaftsrechnung der Bundesbahn erschwerten, zum Teil unmöglich machten. Der Bundesbahnchef hat durchaus Recht, wenn er darauf hinweist, daß durch Modernisierung und Rationalisierung die Möglichkeit erschlossen worden sei, die Zahl der Mitarbeiter der Bundesbahn gegenüber 1958 auf 95 000 zu verringern. Nur steckt auch hier der Teufel im Detail.

Es ist immerhin eine merkwürdige Erscheinung, daß der oberste Leiter der Deutschen Bundesbahn in seinen Ausführungen von einer "Lösung von der Romantik der Schiene" spricht. Er will damit sagen, daß die Romantik der Schiene ersetzt werden soll durch einen Übergang zum Kraftverkehr und huldigt damit dem Standpunkt einer Romantik der Straße, einem Zustand also, der wahrhaftig nicht vorhanden ist: Es gibt keine Romantik der Straße, es gibt eine Tragik der Straße. Es gibt in diesem Zusammenhang auch eine Tragik der Deutschen Bundesbahn. Denn während die deutschen Straßen nicht ausreichend aufnahmefähig sind, um den von der Schiene auf die Straße verwiesenen Verkehr wirklich zu ertragen, sind die Schienenwege mehr und mehr der Nichtbenutzung ausgesetzt. Man muß sich hier wirklich fragen, ob die maßgebenden Männer der Deutschen Bundesbahn das Letzte an Ideen aufgebracht haben um festzustellen, ob nicht die vorhandenen Schienenwege lukrativer ausgenutzt werden können, auch mit dem Ziel, das hohe Defizit der Deutschen Bundesbahn zu beseitigen.

Es ist wirklich keine erfreuliche Tatsache, daß die Bundesbahn selbst zu den Urhebern einer ständig steigenden Belastung der Straße sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr gehört, statt den umgekehrten Weg zu suchen, zu einer Verbesserung der Inanspruchnahme der Schiene in allen möglichen Teilen beizutragen. Mit Stilllegungsabsichten und tatsächlichen Stilllegungen im Bereich der Bundesbahn ist es nicht getan. Die Bundesbahn hat zwei Verpflichtungen: Sie hat einmal die Verpflichtung, die Inanspruchnahme der Schiene nach bester Möglichkeit auszunutzen und zum zweiten hat sie daran zu denken, daß auf der Bundesbahn immerhin noch eine Art von Gemeinpflicht in der Richtung der Bedienung der Bevölkerung und ihrer Lebensinteressen liegt.

Was wir brauchen, ist eine möglichst weitgehende Entlastung der deutschen Bundesstraßen und Landstraßen von dem Güterverkehr und eine stärkere Heranziehung der Schiene zur Meisterung des gleichen Güterverkehrs. Das sollte die Aufgabe der Deutschen Bundesbahn in erster Linie sein, dann erleben wir keine Tragik, kommen von der Romantik weg und gelangen auf den nüchternen Boden der Tatsachen.